

doktrinierung, sondern es geht um eine Information der Öffentlichkeit; es geht darum, die Kommunikation in der Form des Dialogs zwischen Behörden und Bevölkerung zu intensivieren, «zeitgemässe und auf die Adressaten abgestimmte Mittel» zur Verfügung zu stellen und einzusetzen.

Die Kommission hat dem Postulat einstimmig zugestimmt. Wenn man die Information über «Armee 95» ansieht, dann darf man ruhig davon ausgehen, dass es bereits vor seiner Annahme Wurzeln geschlagen hat.

Ueberwiesen – Transmis

91.3106

Motion Onken

Entwicklung eines Programmes für die Friedens- und Aussenpolitik der Schweiz

Pour un programme suisse d'action en faveur de la paix et de la politique extérieure

Wortlaut der Motion vom 21. März 1991

Der Bundesrat wird eingeladen, departementsübergreifend ein konsistentes und zukunftsweisendes Programm für eine aktive Friedenspolitik der Schweiz zu erarbeiten und den eidgenössischen Räten vorzulegen. Zu beantragen und zu begründen sind dabei insbesondere die innen- und vor allem aussenpolitischen Prioritäten aus heutiger Sicht, die vorgesehenen Umsetzungsmassnahmen sowie die erforderlichen personellen und finanziellen Mittel.

Texte de la motion du 21 mars 1991

Le Conseil fédéral est chargé d'élaborer, à un niveau supradépartemental, un programme prospectif substantiel en faveur d'une politique de paix active de la Suisse et de le soumettre aux Chambres fédérales. Ce programme précisera notamment les priorités qui découlent de la situation actuelle pour la politique intérieure, et surtout extérieure, de la Suisse, les mesures concrètes prévues ainsi que les moyens financiers et en personnel nécessaires.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bühner, Meier Josi, Miville, Pillar

(4)

Onken: Meine Motion ist eingebettet in die breite Diskussion um unsere Sicherheitspolitik. Sie lehnt sich also an die Debatte an, die wir soeben zum Bericht 90 geführt haben, und sie greift aus dieser umfassenden Querschnitt-Thematik einen Problemkreis heraus, nämlich die Friedens- und Aussenpolitik. Dafür verlangt sie vom Bundesrat ein schlüssiges Programm. Vielleicht zielt dieser Vorstoss in eine ähnliche Richtung wie derjenige von Kollege Zimmerli, der anfangs dieser Session eingereicht worden ist, dessen Inhalt ich zwar nicht kenne, von dem ich aber ebenfalls annehme, dass er eine verstärkte aussenpolitische Programmatik einfordert.

Es hat in den letzten Jahren im Bereich der Aussenpolitik einen eigentlichen Aufbruch gegeben. Die Anforderungen an dieses Instrument sind gewachsen. Wir sind an verschiedenen Fronten in die Pflicht genommen, keineswegs etwa nur der europäischen Herausforderung wegen.

Die Neutralität befindet sich im Wandel, ist von einer festgefügten, kaum hinterfragten Maxime der schweizerischen Aussenpolitik zu einem Instrument geworden, dessen Inhalt heute in einem völlig veränderten Umfeld neu definiert, dessen Einsatz überdacht und den gewandelten Verhältnissen angepasst werden muss.

Unsere Menschenrechtspolitik ist im Begriff, ein verstärktes Gewicht zu erlangen. Hier hat die Schweiz ihre unbestrittene Autorität und Glaubwürdigkeit vermehrt in die aussenpolitische Waagschale zu werfen. In der KSZE und im Europarat, aber auch in der Menschenrechtskommission der Uno leisten wir unsere Beiträge und werden sie noch vermehren müssen. Der Beitritt zu den internationalen Menschenrechtspakten und zum Uno-Übereinkommen zur Beseitigung der Rassendiskriminierung stehen an.

Die internationale Abrüstungspolitik und Rüstungskontrolle sind in eine weitere, in eine neue Phase getreten, in der sich ungeahnte Möglichkeiten eröffnen. Auch die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe sind diesem Wandel unterworfen, werden zurzeit – auch aufgrund eines Postulates, das dieser Rat überwiesen hat – auf die Nord-Süd-Problematik hin neu überprüft, aber natürlich auch mit Blick auf die hinzugekommene Ost-West-Achse.

Dazu kommen die verschiedenen friedenserhaltenden Aktivitäten, zu denen sich die Schweiz nun neu anschickt oder die sie intensiviert weiterführt. Gerade hier hat man jedoch den Eindruck, dass nicht alles mit der Prioritätensetzung und der Koordination abläuft, die eigentlich erforderlich wären, ja, dass mitunter die auf verschiedene Bereiche verstreuten und bei verschiedenen Departementen angesiedelten Aktivitäten auseinanderzufallen drohen.

Vieles ist zudem sehr punktuell. Welches sind die Ziele und welches die Mittel? Wo liegen bei der grossen Bandbreite von Möglichkeiten unsere Schwerpunkte? Wie will man bei der Umsetzung der verschiedenen Vorhaben vorgehen, wie ihre Finanzierung sicherstellen?

Auch der Bericht über die Sicherheitspolitik gibt darüber keine Auskunft. Die Aufzählung der Instrumente ist – wie auch der Kommissionspräsident gesagt hat – enumerativ und ohne Gewichtung, ohne eigentliche Wertung. Hier besteht meines Erachtens ein Nachholbedarf. Ich habe den Eindruck, dass der Bundesrat – wie wir alle übrigens, das ist einzuräumen – von der rasanten Entwicklung überrascht worden ist und dass er nun nicht mit einer überlegten Strategie darauf antworten kann, sondern eben mit solchen punktuellen Einzelmassnahmen reagiert. Das kann man verstehen. Doch – so meine ich – ist die Zeit gekommen, die Kohärenz der heutigen und der künftigen Anstrengungen zu erhöhen, und das kann nur in einem aussenpolitischen Programm geschehen, das die Massnahmen stärker gewichtet und bündelt.

Ein weiterer Grund liegt in der vorläufigen Unverbindlichkeit vieler in Aussicht gestellter Bestrebungen. Einiges ist bisher bloss angedeutet worden, nur als wiederholte Absichtserklärung vorhanden. Der Bundesrat muss jetzt konkreter werden. Er muss die bestehenden Möglichkeiten verdeutlichen, muss aufzeigen, welche finanziellen und personellen Konsequenzen sie haben, muss auch dem Parlament Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stellen und seine eigenen Prioritäten darlegen. Das ist nur in der kompakten Form eines Berichtes oder Programms möglich, das die einzelnen Stränge der Aussen- und Friedenspolitik departementsübergreifend zusammenführt und die losen Einzelmassnahmen in einen differenzierten Kontext einbettet. Das ist der Sinn des Auftrages, den diese Motion erteilen möchte, und ich bitte Sie, ihr zuzustimmen.

M. Felber, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral a pris connaissance avec beaucoup d'intérêt de la motion qui vient d'être défendue par M. Onken. Nous partageons vos préoccupations, Monsieur le Conseiller aux Etats, et nous nous sommes engagés auprès de vos collègues du Conseil national à déposer dans le courant de l'année prochaine, et si possible au cours du premier semestre, un rapport complet qui sera un programme de politique étrangère et qui inclura les préoccupations d'autres départements – en effet, comme vous l'avez dit, d'autres départements sont directement impliqués dans la politique étrangère: pensons à tout ce qui se passe dans le domaine de l'environnement, que vous n'avez pas cité mais qui est aussi un élément de la sécurité future; il y a le domaine de la sécurité, rapport dont vous avez discuté ce matin; tout cela sera repris avec les départements dans un nouveau pro-

gramme de décennie de la politique étrangère suisse qui vous sera soumis.

C'est pour cette raison, Monsieur le Conseiller aux Etats, que le Conseil fédéral vous propose de transformer votre motion en postulat, ce travail étant déjà commencé on pourra y insérer, notamment, les éléments de politique de paix active au niveau civil que vous demandez plus particulièrement. Nous sommes prêts à accepter votre motion sous forme de postulat. Cela répond aussi à la règle du postulat qui exige un programme ou un rapport, plutôt qu'à celle d'une motion.

Präsident: Herr Onken, sind Sie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden?

Onken: Ja.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

91.3125

Postulat Meier Josi

Finanzielle Unterstützung der Schweizerischen Friedensstiftung Aide financière à la Fondation suisse pour la paix

Wortlaut des Postulates vom 22. März 1991

Angesichts veränderter Machtverhältnisse und veränderter Bedrohungsbilder – besonders in Europa – befasst sich die Schweiz im Jubiläumsjahr besonders intensiv mit einer neuen Definition ihrer Sicherheitspolitik. Verschiedentlich haben Bundesrat und Parlament dabei die vermehrte Förderung friedenserhaltender Massnahmen als wichtige neue Zielsetzung genannt. Im Sicherheitsbericht 1990 kündigt der Bundesrat an, er wolle «die bewährte Lösung der Förderung und Koordination von bestehenden Forschungsstätten» weiterführen (S. 33) und wegen gesteigerter Bedürfnisse ausbauen. Ich ersuche den Bundesrat, zu diesem Zwecke die regelmässige finanzielle Unterstützung der 1988 gegründeten Schweizerischen Friedensstiftung mit Sitz in Bern (Präsident: alt IKRK-Präsident Alexander Hay) derart vorzusehen, dass künftig die Kosten in der Grössenordnung von mindestens zwei Forscherstellen übernommen werden, wobei ein erster Betrag gestützt auf die bestehenden Kompetenzen in das Budget 1992 aufzunehmen ist.

Texte du postulat du 22 mars 1991

Les rapports de force et le caractère de la menace ayant changé – surtout en Europe –, la Suisse déploie des efforts intenses, en cette année du 700^e anniversaire de la Confédération, en vue de redéfinir sa politique de sécurité. Dans ce contexte, le Conseil fédéral et le Parlement ont cité à diverses reprises, comme nouvel objectif important, l'encouragement accru des mesures destinées au maintien de la paix. Dans son rapport 1990 sur la politique de sécurité de la Suisse, le Conseil fédéral déclare vouloir poursuivre une politique éprouvée en encourageant et en coordonnant les activités des centres de recherche existants, et intensifier ses efforts afin de tenir compte des besoins accrus.

Je prie le Conseil fédéral de prévoir, à cet effet, l'apport d'un soutien financier régulier à la Fondation suisse pour la paix créée en 1988 et dont le siège est à Berne (président: M. Alexandre Hay, ancien président du CICR); ainsi, à l'avenir, les coûts correspondant environ à deux postes de recherche, au minimum, devraient être pris en charge, un premier montant étant à intégrer au budget 1992, sur la base des compétences actuelles.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Cottier, Delalay, Gadiant, Huber, Iten, Jelmini, Kuchler, Kündig, Lauber, Miville, Rhinow, Roth, Schallberger, Seiler, Simmen, Weber, Ziegler, Zimmerli (18)

Frau Meier Josi: Auch mein Postulat liegt im Rahmen der Forderungen, über welche bei der Debatte im Sicherheitsbericht heute früh Einigkeit herrschte. Die friedenserhaltenden und die friedensfördernden Massnahmen sind zu verstärken. Ich kann daher auf die Debatte verweisen und nur noch folgendes beifügen:

Auf Seite 33 des Sicherheitsberichtes wird konkret die Förderung und Koordination von bestehenden Forschungsstätten als richtiger Weg bezeichnet. Gerade hier hakt mein Postulat ein. Geforscht wird natürlich an vielen Hochschulen und Instituten. Im Argen liegt aber die Koordination. Um diese und um Informationstätigkeit aber bemüht sich in den letzten Jahren vorwiegend die Schweizerische Friedensstiftung. In ihr haben sich die verschiedenen Professoren der verschiedenen schweizerischen Institute auch zusammengeschlossen. Ich denke an die heute schon erwähnten Herren Gasteyger und Spillmann; sie sind da auch zu finden. Der erste Präsident der Stiftung, Herr alt IKRK-Präsident Alexander Hay ist leider eben gestorben. Der Stiftungsrat stützt sich auf alle Parteien und Schichten der Bevölkerung ab. Das begünstigt seinen Willen zur Koordination.

Aus diesem Grunde wurde die Stiftung schon bisher vom Bund und von den Kantonen unterstützt, aber leider ungenügend. Mit ihren Forschungen arbeitet die Stiftung im Interesse des Staates, braucht aber noch vermehrt dessen Hilfe. Ich bitte Sie daher, dem Postulat zuzustimmen, das genau diese Hilfe vorsieht.

M. Felber, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat de Mme Meier et de ses cosignataires. Je voudrais simplement annoncer que diverses mesures ont d'ores et déjà été arrêtées par le Conseil fédéral. C'est ainsi qu'au budget 1991 le total des crédits destinés aux projets en faveur de la politique de paix s'élevait à 605 000 francs et qu'au budget 1992 ce montant a été porté à 680 000 francs. Nous avons déjà associé à la recherche sectorielle dans le domaine de la politique de sécurité, dans notre budget de l'année prochaine, les montants nécessaires au financement de deux postes d'assistant au sein de la Fondation de la paix qui recevra désormais une subvention annuelle. Le Département des affaires étrangères et le Département militaire fédéral s'occupent de coordonner les travaux de recherche entre les divers instituts qui s'occupent de ce domaine de la politique.

Ueberwiesen – Transmis

91.027

Rüstungsprogramm 1991 Programme d'armement 1991

Botschaft und Beschlussentwurf vom 27. März 1991 (BBl II 681)
Message et projet d'arrêté du 27 mars 1991 (FF II 653)

Beschluss des Nationalrates vom 20. Juni 1991
Décision du Conseil national du 20 juin 1991

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Küchler, Berichterstatter: Anknüpfend an unsere Debatte über den sicherheitspolitischen Bericht 90 muss nun beim Rüstungsprogramm die Devise gelten: Wer A sagt, muss auch B

Motion Onken Entwicklung eines Programmes für die Friedens- und Aussenpolitik der Schweiz

Motion Onken Pour un programme suisse d'action en faveur de la paix et de la politique extérieure

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3106
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	759-760
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 561

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.